

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

12.2.1891 (No. 42)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Februar.

№ 42.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 4. Februar 1891 gnädigst geruht, den Rechnungsrath Joseph Honjel bei der Generaldirektion der Staatsbahnen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 4. Februar d. J. gnädigst geruht, den Referendar Dr. Heinrich Belzer von Baden zum Sekretär beim Oberlehrer zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 11. Februar.

Das neue italienische Ministerium dürfte vorerst einen ernstlichen Angriff in der Kammer nicht zu befürchten haben. Crispi hatte mit dem neuen Kabinettschef eine längere Unterredung, in welcher er ihm erklärt haben soll, daß er die Regierung unterstützen werde, wenn sie die Dreieinigkeit aufrecht erhalte. Nach den wiederholten Erklärungen Rudini's darf es aber als zweifellos gelten, daß derselbe sich in der auswärtigen Politik dem Beispiele Crispi's anschließen wird; es geht dies nicht allein aus dem bekannten Wahlmanifeste Rudini's vom 5. November, sondern auch aus dem gestern von uns erwähnten Rundschreiben des neuen Ministerpräsidenten an die Vertretungen Italiens im Auslande hervor. Unter diesen Umständen ist es wohl mehr die Neugier über Laune als einer wirklichen Besorgniß, wenn die „Riforma“ die Ernennung d'Arco's zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen tadelt, weil der neue Unterstaatssekretär wegen seiner Sympathien für Frankreich bekannt sei. Erstens befindet sich die oberste Leitung der auswärtigen Politik bei dem Ministerpräsidenten selbst, der ja gleichzeitig mit dem Präsidium auch das Ministerium des Auswärtigen übernommen hat, und zweitens schießt die Bundesstreue Italiens gegenüber Deutschland und Oesterreich ja ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Italien und Frankreich keineswegs aus, sondern gute italienisch-französische Beziehungen entsprechen vielmehr gerade den Friedensabsichten des Dreieiniges. Auch Rudini's Amtsvorgänger hat es bekanntlich an Entgegenkommen Frankreich gegenüber nicht fehlen lassen, nur hinderte die Voreingenommenheit gegen die Person Crispi's die französische Presse, dies unbefangen zu erkennen.

Morgen sollte in London eine Versammlung der irischen Parlamentsmitglieder abgehalten werden, um in derselben die Einigung der beiden irischen Parteigruppen zu besiegeln. Neuerdings ist es aber wieder zweifelhaft geworden, ob zwischen den beiden Gruppen schon Alles in Ordnung ist; eine Londoner Meldung verzeichnet das Gerücht, die Versammlung solle verschoben werden, und eine andere Nachricht lautet dahin, daß niemand von der Versammlung eine endgültige Beilegung der irischen Partei-

krisis erwarte. Die neuerdings aufgetauchten Schwierigkeiten gehen von der Haltung Barnells aus; Barnell beanstandet, wie es heißt, die Zusicherungen Gladstone's als ungenügend. Er schrieb einen Brief folgenden Inhalts aus Dublin: „Ich bedauere außerordentlich, mittheilen zu müssen, daß die Ansichten auf eine Ausöhnung nicht so günstig sind, wie im Anfang der Woche.“ Gladstone hat bekanntlich erklärt, daß die Kontrolle über die Polizei in Irland und die Lösung der Bodenfrage einem besonderen irischen Parlament überlassen bleiben solle; er macht dieses Zugeständniß aber vom dauernden Rücktritt Barnells abhängig, während Barnell die Führerschaft nur für die Dauer des jetzigen Parlaments niederlegen will. Die Rückwirkung dieser neuen Uneinigkeit innerhalb der Opposition auf die Parlamentsverhandlungen ist deutlich wahrnehmbar. John Morley's Tabelsantrag gegen die Regierung, bei dem die wiederhergestellte Einigkeit der irischen Partei fundgegeben werden sollte, erscheint vorläufig inopportun. Darin liegt die Ursache der plötzlich auftretenden Zusätze zum Zehnten-Gesetzentwurf; man will Zeit gewinnen, ehe die Entscheidung über den Tabelsantrag fällt. (Vorstehendes war bereits geschrieben, als uns ein Telegramm zugeht, welches das Vorhandensein neuer Schwierigkeiten für die Versöhnung der beiden irischen Gruppen bestätigt; dieses Telegramm lautet: „In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Verhandlungen wegen Barnells Rücktritt als Führer der irischen Partei und wegen einer allgemeinen Regelung der irischen Krisis seien thätiglich gescheitert, so daß wenig Hoffnung bestehe, ein Einvernehmen zwischen den beiden irischen Parteien herbeizuführen. Der irische Abgeordnete Rodmond ist gestern nach Dublin abgereiht.“)

Deutscher Reichstag.

Ueber die gestrige Sitzung des Reichstags ist auf Grund eines Berliner Telegramms schon in der vorigen Nummer dieses Blattes berichtet worden. Wir gehen deshalb im Nachstehenden nur auf die Debatte über den Antrag Menzer, die Zollhebung auf Tabak und die Ermäßigung der Tabaksteuer betreffend, etwas näher ein.

Die Abgeordneten Menzer, Graf Douglas und v. Winterfeldt-Rentin und Genossen beantragten, der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erlöchen, dem Reichstag möglichst noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Zoll auf Tabakblätter, ungebrauchte und Stengel (Nr. 25 v. 1 des Zolltarifgesetzes) von 85 M. pro 100 Kilogramm auf 125 M. zu erhöhen und die bestehende Tabaksteuer von 45 M. auf 24 M. zu ermäßigen ist.

In der Begründung seines Antrages erklärte Abgeordneter Menzer, daß die deutsche Tabakindustrie nur durch eine Erhöhung des Zolles und eine Ermäßigung der Steuer in dem Wettkampfe gegen die ausländischen Erzeugnisse aufrechterhalten werden könne. Unter Umständen sei er bereit, auf die Erhöhung des Zolles zu verzichten, doch bitte er, jedenfalls die Ermäßigung der Steuer anzunehmen.

Abgeordneter Höffel (Reichspartei) bekannte sich als Elfsässer zum Tabakmonopol, das erheblich höhere Erträge abwerfen würde, als die Branntweinsteuer. Doch erweise auch unter den gegenwärtigen Umständen die Lage der Tabaksteuer eine Erleichterung. Diese sei in erster Linie durch eine Erhöhung des Zolles zu erreichen. Ein weiteres Mittel sei die Ermäßigung der Steuer,

wenigstens müßten die Abfälle geringer besteuert werden als der Tabak selbst.

Abgeordneter Förster (Sozialdemokrat) erklärte sich gegen jede Erhöhung des Zolles auf Tabak. Würde der Zoll wieder erhöht, so würde die Produktion weiter eingeschränkt und die kleinen Tabakbauer würden noch mehr als heute den Tabak käufern ausgeliefert. Bereits die stattgehabte Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak habe eine Verringerung des Konsums herbeigeführt; es könne daher nicht angebracht erscheinen, gefeglich den Konsum noch mehr einzuschränken. Der Ermäßigung der Steuer widerspreche er nicht.

Abgeordneter v. Winterfeldt (Konsernation) hat im Interesse der vaterländischen Tabakbauer um Annahme des Antrags Menzer.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärte, daß die hier zur Sprache gebrachten Fragen bereits sämtlich in der von der Regierung vorgelegten Denkschrift erörtert worden seien. Die in der Denkschrift enthaltenen Bemerkungen betreffend Erzielung einer besseren Beschaffenheit des elfsässischen Tabaks bezögen sich darauf, daß dem heutigen Geschmack, der sich mehr und mehr von der Feife abgewandt und der Cigarre zugewandt habe, besser Rechnung getragen werden solle. Zu einer Zoll-erhöhung seien die verbündeten Regierungen nicht geneigt. Auch für eine Ermäßigung der Steuer habe sich keine der Regierungen ausgesprochen. Sollte der Antrag Menzer zur Annahme gelangen, so würde natürlich eine erneute Prüfung eintreten, die aber nur dann im Sinne des Antrags ausfallen könnte, wenn neue gewichtige Gründe für denselben beigebracht würden, was in der bisherigen Erörterung nicht geschehen sei.

Abgeordneter Scipio (Nationalliberal) sagte, die Frage des Abzuges nach dem Auslande sei für unsern inländischen Tabakbau von großer Bedeutung, denn ziemlich ein Drittel unserer gesamten Erzeugung gehe alljährlich ins Ausland. Er habe sich deshalb gefreut, daß die Regierungen einer früher von ihm gegebenen Anregung bezüglich Erleichterung bei der Besteuerung der Rippen Folge geleitet haben. Wir sind dadurch in der Lage, entrippten Tabak, und das ist ja die Hauptmasse des ins Ausland gehenden Tabaks, viel besser und leichter auszuführen. Er möchte die Regierungen wiederholt bitten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich ist, auch bei ungenügenden, durch schlechte Bitterung, z. B. Hagelschlag, geschädigten Ernten, Steuerermäßigungen eintreten zu lassen. Die elsaß-lothringischen Abgeordneten warne er davor, immer das Monopol zu empfehlen. In Elsaß-Lothringen sei ja noch aus der französischen Zeit her viel Neigung für das Tabakmonopol vorhanden, aber man vergesse dabei, daß die Einführung des Monopols in Deutschland ganz anders auf Elsaß-Lothringen wirken würde, als seinerzeit das französische Monopol gewirkt hat. Denn Elsaß-Lothringen könne alsdann selbstverständlich nur eine ganz geringe Menge des zu bauenden inländischen Tabaks zugebilligt werden und es würde somit der Zustand für Elsaß-Lothringen schlimmer werden als er heute ist. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so würde er zwar für die Ermäßigung der Steuer, aber gegen die Erhöhung der Zölle stimmen.

Abgeordneter Dr. Barth (Deutschfreisinnig) hat, den Antrag rundweg abzulehnen.

Damit schloß die Beratung.

Der Antrag Menzer wurde in seinem ersten Theil (Erhöhung der Zölle) gegen die Stimmen des größeren Theiles der Rechten abgelehnt. Die Abstimmung über den zweiten Theil (Ermäßigung der Steuer) blieb zweifelhaft, es müßte also zur Auszählung geschritten werden. Dafür stimmten 96 (die Rechte mit wenigen Ausnahmen, die Sozialdemokraten, der größere Theil der Nationalliberalen und einige Mitglieder des Centrums), dagegen 57 Abgeordnete. Das Haus war somit nicht beschlußfähig.

22. Jessamine.

Von Helene v. Gortendorff-Grabowski. (Fortsetzung.)

„Mrs. Sterne — in des Himmels Namen — ist ein Unglück geschehen?“

„Ein Unglück? Ich glaube, ich kann sagen: ja, es ist ein Unglück geschehen, Mr. Harvay.“

„Betrifft es Ihre Herrin? Ist Miß Aram erkrankt?“

„Nein, meine Lady befindet sich gesund, aber —! Ach, ich darf Ihnen ja nichts sagen und will es auch nicht.“

„Seltam!“ sagte Roland Harvay. Er war sehr bleich geworden und blickte der alten Frau fest in die Augen. „Ich denke, ich werde doch hören dürfen, was Sie so veränderte, Mama Sterne?“

„Ich soll nicht mit Ihnen darüber sprechen, Mr. Harvay! Leider nicht!“

„Wohlan, ich frage nicht weiter. Aber fast scheint es, als sei ich indirekt in das finstere Geheimniß verlockt. Wie kommt es, daß Sie mich so ohne alle Herzlichkeit, so seltsam kühl und befangen begrüßen? Wodurch habe ich es verdient?“

„Sie erwiderte seinen traurig fragenden Blick durch ein unterdrücktes Aufschluchzen, welches von ihrer inneren Bewegung Kunde gab. „Er kann es nicht gethan haben! Nein, Roland nicht!“ murmelte sie vor sich hin, dann lauter vollendend: „Gehen Sie auf Ihr Zimmer, Mr. Harvay! Später werde ich Ihnen vielleicht andeuten können, was geschehen; jetzt vermag ich es nicht. Mein Herz ist zu schwer. Ich habe Sie zu lieb gehabt!“ Sie brach in Thränen aus und wendete sich ab.

Roland Harvay fragte und sprach nichts mehr. Langsam stieg er mit seiner kleinen Handtasche die Treppe zu seinem Zimmer empor, warf sich auf das altmodische, großblumige Sopha und schloß die Augen. Er war für jetzt noch zu erschrocken und verwirrt, zu tief verletzt auch, um ruhig und klar denken zu können. Eine ohnmachtähnliche Schwäche — vielleicht auch die Folge der anhaltenden Nachwachen an Charles' Krankenbett — überfiel ihn und nahm für kurze Zeit den Druck von seinem Gemüth. Die helle kleine Glocke, deren sich Mrs. Sterne gewöhnlich zur

Theezeit zu bedienen pflegte, um ihren Dienstmann von der Arbeit abzurufen, erklang aber bald darauf, und der altvertraute Ton erweckte den jungen Lehrer aus seiner Katharsie. Als er bei Priscilla Sterne eintrat, trug sein blasses, freundliches Gesicht den gewohnten harmonischen Ausdruck; das frische Lächeln nur fehlte darin, welches die alte Priscilla ihren „Sonnenaufgang“ zu nennen liebte.

Beide — Wirthin und Dienstmann — verharren während der Mahlzeit in Schweigen. Roland Harvay nahm nur etwas trockenen Toast und eine Tasse Thee ohne Rahm und Zucker; dann rückte er seinen Stuhl ein wenig aus dem Bereich des Theetisches und begann mit seiner gewöhnlichen, sanften Stimme: „Sie hatten die Güte, mir einige Aufklärung zu versprechen, Mrs. Sterne, und werden Ihr Wort, wenn Sie jemals in Wahrheit die zur Schau getragene Theilnahme für mich empfanden, auch halten. Ich muß darauf bestehen und wiederhole deshalb meine Frage von vorhin: Wodurch habe ich mir Ihr Mißfallen zugezogen?“

Die alte Priscilla flirte einige Sekunden mit ihrem Theegeschirr umher, ohne zu antworten, wie das in schwierigen Situationen so ihre Art war; dann sagte sie: „Ich will Ihnen mittheilen, was ich selbst weiß. Bei meiner Seele, ich will es, obschon Miß Jessamine mir strengstes Stillschweigen gebot.“

„Miß Jessamine?! So ist auch sie in dieses düstere Geheimniß verflochten? Mein Gott, was kann ich gethan haben? Sagen Sie mir Alles!“

„Alles, was ich selbst weiß. Sie haben jüngst einen Brief an Ihren Freund, Mr. Weston, geschrieben, nicht wahr?“

„Allerdings. Aber ich verstehe nicht —“

„Dieser Brief gelangte zur Kenntniß meiner Herrin, Mr. Harvay.“

„Das ist unmöglich, vollkommen unmöglich! Ich trug ihn selbst zur Post.“

„Und dennoch werden Sie mir glauben müssen, wenn ich Ihnen sage, er gelangte zur Kenntniß meiner Lady. Vielleicht wollten Sie ihn abfenden und —“

„Nein, nein, Mrs. Sterne, ich weiß stets, was ich thue. Nehmen wir aber einmal an, daß es so wäre, wie Sie sagen. Was weiter?“

„Der Inhalt des Briefes berührte, wie Sie sich wohl denken können, meine arme Lady derart, daß sie — daß sie — nun, Mr. Harvay, sie war der Verzweiflung nahe.“

„Glühende Röthe glitt über sein Gesicht. Er schwieg.“

„Ist Ihnen nun Alles klar?“ fragte die alte Priscilla gepreßt.

„Ganz und gar nicht, Mrs. Sterne! Dasjenige, was der an Bob Weston gerichtete Brief enthielt, konnte Miß Aram vielleicht überraschen: beleidigen und erzürnen aber keineswegs. Ich schwöre Ihnen —“

„Sie unterbrach ihn durch eine abwehrende Handbewegung. „Schwören Sie nicht, Mr. Harvay! Meine gütige Herrin sagte selbst, der Inhalt des Briefes sei von der niedrigsten Art, und es muß so gewesen sein, sonst könnte sie nicht so bittere Schmerzenthänen darüber vergossen haben, wie es hier — hier auf meinem Sopha! — geschah.“

„Von der niedrigsten Art!“ Er sprach die Worte nach, als vermöge er ihren Sinn nicht zu fassen. „Mrs. Sterne, kennen Sie den Brief?“

„Nein! Miß Jessamine theilte mir nur einige Einzelheiten daraus mit.“

„Können Sie mir diese Einzelheiten nicht wiederholen?“

„Ich kann und darf es nicht, ich sagte schon zu viel. Ach, Mr. Harvay, Ihr eigenes Gefühl muß es Ihnen ja am besten sagen, wie schlecht Sie die Güte meiner armen Herrin lobten —“

„Kein Wort weiter, Mrs. Sterne!“ unterbrach er sie jetzt ernst und bestimmt. „Wenn Ihre Herrin Ihnen unterlagte, mir die Aufklärung zu geben, auf welche ich Anspruch habe, so verbiete ich es Ihnen eben so ernstlich, mich weiterhin anzuliegen, so lange ich nicht den ganzen und wahren Sachverhalt kenne und für mich in Recht sprechen kann. Das Einzige, was ich begerne, ist die Nothwendigkeit, Ihre Haus baldmöglichst zu verlassen.“ Er erhob sich langsam.

(Fortsetzung folgt.)

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung.

Deutschland.

* Berlin, 10. Febr. Während der heutigen Vormittagsstunden erledigte Seine Majestät der Kaiser zunächst Regierungsangelegenheiten und unternahm darauf eine Ausfahrt und einen Spaziergang im Thiergarten. Darnach hatte Allerhöchstdieselbe im Auswärtigen Amte eine Besprechung mit dem Staatssekretär des Aeußern, Frhrn. v. Marschall, und kehrte hierauf wieder nach dem Schlosse zurück. Als bald nach der Ankunft daselbst empfing Seine Majestät zu Vorträgen den Staatssekretär des Reichsmarineamts, sowie den Chef des Marinekabinetts und demnächst den Chef des Militärkabinetts. Am Nachmittag nahm Seine Majestät im Schlosse militärische Meldungen entgegen, unter welchen sich auch diejenige des kommandirenden Generals des 14. Armecorps, Generals der Infanterie v. Schlichting, befand. Am heutigen Abend fand bei den Majestäten eine große Ballgesellschaft im königlichen Schlosse statt, zu der gegen 2000 Einladungen ergangen waren.

Das neueste „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Grafen v. Schlieffen II., Generalleutnant und Oberquartiermeister, zum Chef des Generalstabs der Armee.

Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf über die Konzessionirung elektrischer Anlagen zugegangen.

Dem Reichstage ist eine Mittheilung des Reichstanzlers (Reichsschatzamt) zugegangen über den Bundesrathsbeschluss vom 5. d. M. betr. die Ausführungsbestimmungen des Tabaksteuergesetzes auf Grund von Beschlüssen des Reichstags aus dem Jahre 1889 mit Anlagen. Der „Völk. Zeitg.“ entnehmen wir über diese Mittheilung Folgendes:

„Im Anchluss an die Beratung des Reichshaushaltsetats von 1889/90 hatte der Reichstag in seiner Sitzung vom 8. Febr. 1889 beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den mehrfach hervorgetretenen Klagen und Wünschen von inländischen Tabakbauern gegenüber in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit eine Erleichterung der Formen der Veranlagung und Erhebung der Tabaksteuer, sowie der Steuerfäße für Tabak sich empfehle, und das Ergebnis dieser Untersuchung dem Reichstage baldmöglichst vorzulegen. Eine eingehende Erörterung aller in Eingaben an den Bundesrath und den Reichstag zur Sprache gebrachten Wünsche und Beschwerden bezüglich der Tabaksteuer war damals durch Korrespondenz mit den vorausweisende beteiligten Bundesregierungen bereits eingeleitet worden. Nachdem dieselbe inzwischen zum Abschluss gelangt ist, hat der Bundesrath in seiner Sitzung vom 5. d. M. beschlossen: „1. Den Beschluss des Bundesraths vom 21. Mai 1885, welcher unter Biffer 8 in den durch Bundesrathsbeschluss vom 5. Juli 1888 genehmigten Nachtrag zu den Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz aufgenommen worden ist, durch folgende Bestimmung zu ergänzen: Das Entrippen von inländischem Tabak in Teilungslagern darf unter nachstehenden Bedingungen gestattet werden: a. Die Rippen werden steuerfrei vom Lagerkonto abgeschrieben, wenn sie entweder ausgeführt oder unter amtlicher Aufsicht vernichtet oder zum Genuss als Tabak unbrauchbar gemacht werden; in welcher Weise letzteres zu geschehen hat, bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde. b. Entrippte Blätter dürfen nur dann gegen Steuerentrichtung in den freien Verkehr gesetzt werden, wenn der Lagerinhaber eine entsprechende Menge Rippen entweder vorher zur Versteuerung vorgeführt hat oder gleichzeitig mit den Blättern zur Versteuerung vorführt, oder aber, soweit dies nicht geschieht, gleichwohl die auf die Rippen entfallende Steuer entrichtet. Das Verhältnis zwischen Blättern und Rippen ist für jedes einzelne Teilungslager von der Direktionsbehörde zu bestimmen. 2. Eine weitere Folge aber der Reichstagsresolution vom 8. Febr. 1889 nicht zu geben.“ Die Regierung hat dem Reichstag hiervon unter Beifügung einer Denkschrift über die Ergebnisse der stattgehabten Erörterungen Mittheilung gemacht.

Die Kommission des Reichstags für die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes besteht aus den Abgeordneten Barth, Brömel, Buhl, Dillinger, Schriftführer, Gamp, Stellvertreter des Vorsitzenden, Giese, Gröber, Schriftführer, Hug, Kersting, Graf v. Kleff-Schmengenin, v. Komierowski, Lieber, Menzer, Schriftführer, Graf v. Mirbach, Mülich, Orterer, Vorsitzender, Poll, Simonis, Stolle, Szmulka, Wurm.

Die Erstausswahl in dem 2. Meiningen'schen Reichstags-Wahlkreis (Sonneberg-Saalfeld) an Stelle des bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Witte ist auf den 19. Februar festgesetzt. (Der Wahlkreis war zuletzt freisinnig, vorher sozialistisch vertreten.)

In deutschen Zeitungen fand sich vor einigen Wochen die Nachricht von der Ermordung eines angeblich aus Bonn nach Tunis eingewanderten Deutschen Namens Krüger durch tunesische Eingeborene. Der Vorgang war so dargestellt, daß der Genannte, welcher in der tunesischen Hauptstadt einen Exporthandel mit Südkartoffeln betrieb, von einer Anzahl Eingeborener, die er in einem abgelegenen Theile seines Lagerkellers bei dem Ausplündern des Kellers überraschte, in gräßlicher Weise um's Leben gebracht worden sei. Einer der Thäter sollte ergriffen worden und geständig sein und seiner Hinrichtung durch die Guillotine entgehen. Nach amtlicher Feststellung in Tunis entbehren die vorstehenden Angaben jeder tatsächlichen Unterlage. Der „Reichsanzeiger“ schreibt darüber: „Ein Deutscher Namens Krüger ist in Tunis nicht ermordet worden; überhaupt ist in der Regentschaft seit längeren Jahren kein Reichsangehöriger eines gewaltsamen Todes gestorben. Eben so wenig ist ein Vorfall, welcher vielleicht zu der betreffenden Zeitungsnachricht hätte Anlaß bieten können, zur Kenntniß der dortigen Behörden gelangt. Wenn in der fraglichen Zeitungsnachricht ferner berichtet war, daß die Vollstreckung der Todesstrafe mittelst Pentens in neuester Zeit durch den Bey von Tunis abgeschafft und der Mörder unseres Landsmannes der Erste sei, an welchem die an deren Stelle getretene Hinrichtungsweise mittelst des Fallbeils vollzogen werden würde, so treffen auch diese Angaben nicht zu. Die von den eingeborenen

Richtern gefällten Todesurtheile werden zur Zeit mittelst Pentens vollstreckt; soweit bekannt, soll diese Hinrichtungsweise auch in Zukunft beibehalten werden; dagegen werden Verbrecher, welche von den franco-tunesischen Gerichtshöfen zum Tode verurtheilt sind, ohne Unterschied der Religion und Staatsangehörigkeit nach Vorschrift des code penal mit dem Fallbeil hingerichtet. Derartige Exekutionen sind beispielsweise vor mehreren Jahren an tunesischen Muhamedanern, welche sich der Ermordung französischer Staatsangehöriger schuldig gemacht hatten und demnach vor den franco-tunesischen Tribunalen zur Aburtheilung gelangten, vorgenommen worden, nachdem die eingeborenen geistlichen Behörden auf Befragen sich dahin ausgesprochen hatten, daß die Satzungen des Islam solcher Hinrichtungsart nicht widerstreiten.“

Wie hiesige Blätter melden, erfolgt die Entgegennahme von Zeichnungen auf die neue dreiprozentige Reichsanleihe und Preussische Konsols bei 60 bis 70 Banken in allen Theilen Deutschlands, allen Reichsbankstellen, allen Regierungsstellen und Kreisstellen. Vorläufig werden Strips ausgegeben, worauf in sechs Terminen bis November die Einzahlungen stattfinden. Die erste Einzahlung erfolgt bei der Zeichnung, alle späteren bei den Reichsbankstellen nach Belieben des Zeichners. Vollzahlung ist vom April ab gestattet.

Es wird der „Post“ bestätigt, daß der Verkauf eines sehr großen Theiles von Deutsch-Südwestafrika an eine deutsch-englische Gesellschaft mit dem Hauptsitze in Hamburg perfekt geworden ist und daß die neue Gesellschaft Ende voriger Woche vom Reichstanzler die Konzession erhalten hat. Der Preis, welcher der deutschen Gesellschaft als früherer Besitzerin gezahlt worden ist, ist ziemlich beträchtlich. Nähere Einzelheiten dürfen jedoch erst mitgeteilt werden, nachdem die neue Gesellschaft sich völlig konstituiert hat, was immerhin noch einige Wochen dauern wird. Es ist selbstverständlich, daß die neue deutsch-englische Gesellschaft unter deutschem Protektorate bleibt. Alle dem widerprechenden Nachrichten entbehren der Begründung.

Italien.

Rom, 10. Febr. Das Amtsblatt veröffentlicht die bekannte Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Wie Rudini ist auch Nicotera, der neue Minister des Innern, Subitalianer. Aus Calabrien gebürtig, vertritt Nicotera in der Deputirtenkammer den Wahlkreis Salerno. Bereits in dem ersten Ministerium Depretis war er mit demselben Portefeuille betraut. Seit seiner damaligen Demission hat er jedem Kabinet Opposition gemacht. Der neue Kriegsminister, General Pelloux, kommandierte die italienische Artillerie, als die Truppen durch die Breche der Porta Pia in Rom einzogen. Der Schatzminister Luzzatti, Professor an der Universität Padua, war stets Mitglied der Budgetkommission, die ihn regelmäßig zu ihrem Berichterstatter oder Vorsitzenden ernannte. Er galt als Anhänger der Abschließung eines Handelsvertrages mit Frankreich oder doch der Anknüpfung besserer handelspolitischer Beziehungen. Colombo, der neue Finanzminister, gehört der Rechten an und war von jeher ein entschiedener Widerfacher Crispi's. Er wird vielfach als eine Autorität in industriellen Fragen angesehen. Ghimirri, der neue Minister für Handel und Ackerbau, gehört ebenfalls der Rechten an, zu deren Führern er gezählt wird. Er ist nicht bloß ein ausgezeichnete Redner, sondern auch ein geschäpfter Jurist. Branca, in volkswirtschaftlichen Dingen großes Ansehen genießend, übernimmt neben dem Ressort der öffentlichen Arbeiten interimsweise auch die Leitung des Post- und Telegraphenwesens.

Frankreich.

Paris, 10. Febr. Wie das „Siècle“ meldet, weigerte sich der König von Uganda, Muanga, in dem zur englischen Einflußsphäre gehörigen Victoriaseegebiete das englische Protektorat anzuerkennen. Die Agenten der Englischen Ostafrikanischen Gesellschaft, welche die feindselige Haltung des Königs dem Einflusse der französischen Missionare zuschreiben, haben Uganda verlassen müssen. (Der von Dr. Karl Peters am 28. Februar v. J. mit dem König Muanga abgeschlossene Vertrag, welcher Uganda unter deutsches Protektorat stellen wollte, ist bekanntlich durch die deutsch-englische Uebereinkunft gegenstandslos geworden.) — Einzelne Blätter behaupten, der Generalgouverneur von Algerien, Tirman, habe seine Entlassung gegeben. Das trifft nicht zu. Thatsache ist, daß zwischen dem Generalgouverneur von Algier und der Regierung Meinungsverschiedenheiten bestehen hinsichtlich des algerischen Budgets für 1892. Tirman tritt demnach hier ein, um mit dem Finanzminister und dem Minister des Innern zu konferieren. Erst von dem Ergebnisse dieser Besprechungen könnte Tirman's Rücktritt abhängen.

Belgien.

Brüssel, 10. Febr. Die „Independance belge“ meldet, daß das Einvernehmen zwischen Frankreich, Portugal und dem Kongostaat über den an der Westküste Afrika's einzuflührenden Zolltarif am Montag unterzeichnet worden sei. Für die Westküste des Kongostaates sind als Eingangszölle 10 Proz. für Feuerwaffen, Pulver, Salze, 6 Proz. für alle anderen Artikel festgesetzt. Eisenbahn- und Schiffahrtsmaterial bleiben frei. Der Kongostaat reduziert dagegen einige neuerdings auf seinem Gebiet eingeführte Steuern. — Die Mittheilung vom 4. Februar, nach welcher in Brüssel eine Kundgebung von Konfessionen gegen die Konfiskation stattgefunden habe, beruht auf einer Verwechslung mit Vorgängen, welche sich in den Städten Binche und Manage bei der Losziehung der Militärschuligen zugetragen haben. An den gedachten beiden Orten nahmen die sozialistischen Führer Veranlassung, in Versammlungen das herrschende Militärsystem anzugreifen und Demonstrationen gegen dasselbe

und zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts zu veranstalten. In Brüssel hat sich nichts Derartiges ereignet.

Portugal.

Lissabon, 10. Febr. Wie aus Loanda gemeldet wird, sandte der dortige portugiesische Gouverneur eine Abtheilung von 100 Soldaten unter der Führung von drei Offizieren mit zwei Mitrailleusen auf den Kanonenbooten „Zambesi“ und „Congo“ nach San Thomas ab. (Wie gestern berichtet, ist in San Thomas, am Golf von Guinea, ein Negeraufstand ausgebrochen, der anfangs unterdrückt wurde, später aber wieder ausbrach und seitdem größere Ausdehnung annahm, so daß der Gouverneur dringend Verstärkungen erbat; diesem Wunsche ist nun mit der erforderlichen Schnelligkeit Folge geleistet worden.)

Großbritannien.

London, 10. Febr. Das Problem einer gesetzlichen Regelung der Arbeiterfragen beschäftigt jetzt in England in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit der Politiker, und zwar gilt dies eben so sehr von den Regierungsparteien wie von der Opposition. Die von den radikalen Abgeordneten Cunningham, Graham, Randall, Abraham, Clark und Conybeare im Parlament eingebrachte Achtstundentagelohnbill hat allerdings keinerlei Aussicht auf Annahme; man wird aber aus der Verwerfung dieses Gesetzesvorschlages nicht den Vorwurf gegen die Regierung und ihre Anhänger ableiten dürfen, daß diese sich weniger ernsthaft mit den Interessen der Arbeiter beschäftigen, als die radikalen Antragsteller. „In unauffälliger Weise“, so schreibt die konservative „Birmingham Gazette“, „hat das britische Handelsamt in den letzten Wochen eine Enquete über die wirkliche Lage des Arbeiterstandes unternommen. Eine Menge werthvoller Materials ist auf diese Weise erlangt worden, und die Regierung will auf der Grundlage desselben die vielen schwierigen Arbeiterfragen, von denen wir auf allen Seiten belagert sind, angehen. Aber welche Art Lösung wird das Ministerium versuchen? Auf alle Fälle wird die Arbeitszeit nicht gesetzlich beschränkt werden. Einflußreiche Stimmen erheben sich jedoch zur Einsetzung eines Sonderausschusses zum Studium der Arbeiterfrage, und mehrere Minister sind gleichfalls dafür. Wahrscheinlich wird der vorstehend erwähnte Antrag einem Minister in Bälde Gelegenheit geben, über die Pläne der Regierung in der Arbeiterfrage im Parlament sich zu äußern.“ In Uebereinstimmung mit diesen Angaben steht eine Rede, welche der Unterstaatssekretär Gorst vor seinen Wählern in Chatam gehalten hat. Man kann aus der Rede Gorst's schließen, daß die Angaben der „Birmingham Gazette“ in der Hauptsache richtig sind.

Amerika.

Washington, 11. Febr. (Tel.) Man betrachtet das vom Senate zu dem Gesetze über die Autorenrechte angenommene Amendement als einen gegen das ganze Gesetz gerichteten Beschluß. Der Senat trat, statt die Beratung des Gesetzes fortzusetzen, in die Beratung des Marinebudgets ein. (Das vom Senat genehmigte Amendement zu dem Gesetze über die Autorenrechte bestimmt, daß die Grundzüge des Gesetzes auch auf Marine- und geographische Karten, musikalische und dramatische Kompositionen, sowie auf Stiche und Lithographien anzuwenden sind. Dieser Beschluß ändert allerdings den Charakter des ganzen Gesetzentwurfs wesentlich.) — Der Streik im Distrikte Connellsville ist allgemein; alle Fabriken sind geschlossen und gegen 16 000 Arbeiter feiern. (Der Streik ist unter den Arbeitern in den Koksfabriken im Distrikte von Connellsville und in der Gegend der Pennsylvania'schen Seen ausgebrochen. Nach den letzten Meldungen feierten bereits 10 000 Arbeiter, eine Zahl, die sich seitdem also um mehr als die Hälfte erhöht hat.) — Baij, der Generalkonsul der Staaten Guatemala und Honduras in New-York, erhielt Depeschen von Barillas, dem Präsidenten von Guatemala, und Bogran, dem Präsidenten von Honduras, welche die Gerüchte über revolutionäre Bewegungen in ihren Staaten als unbegründet bezeichnen; in Centralamerika herrsche vollkommene Ruhe.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 11. Februar.

Heute Vormittag erteilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachbenannten Personen Audienz; dem Oberlandesgerichtsrath a. D. Wolff, dem Oberamtsrichter Mors in Pforzheim, dem Oberamtmann Holtmann in Durlach, dem Maler Emelé in Karlsruhe, dem Direktor der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim, Hofrath Dr. Hecht, dem Staatsanwalt Dr. Wühling in Mannheim, dem Lehrer der Stimmübung Engel in Karlsruhe, dem Professor Dr. Lamey in Achern, dem Hofjunker Dr. Freiherrn von Schauenburg und dem Kammerjunker und Kabinettssekretär von Ghelius. Nachmittags nahm Höchstdieselbe die Vorträge des Geheimraths von Regenauer, des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo entgegen.

Morgen erwarten die Höchsten Herrschaften die Ankunft Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Fürstin zu Leiningen, Höchstselbe für einige Tage zum Besuch bei Ihren Königlichen Hoheiten zu verweilen gedenkt.

(Ankalt für Arbeitsnachweis in Karlsruhe.) Wenige Wochen sind es, daß auch hiesige, gemeinnützigen Zwecken dienende Vereine zu einem Verbande zusammengetreten sind, der sich die Aufgabe legt, in hiesiger Stadt eine Anstalt für den Nachweis von Arbeit jeglicher Art in's Leben zu rufen und deren Leitung unter seine Aufsicht zu nehmen. Mitglieder des Verbandes sind der Arbeiterbildungsverein, die vierte Abteilung des Badischen Frauenvereins, die Widergenossenschaft, der Evangelische Arbeiterverein, der Bezirksaus-

verein für entlassene Gefangene, der Gewerbeverein, die Handelskammer, die Handwerkerinnungen, der Verein gegen Haus- und Straßendiebstahl, die Verberge zur Heimath, der Katholische Gefellensverein und der Wirtschaftenverein.

Zweck dieser Anstalt, welche als offenes Geschäft betrieben wird, ist es, vor Allem den Verkehr zwischen den Arbeitgebern und Arbeitssuchenden thunlichst zu vereinfachen, aber auch allen Denjenigen entgegenzutreten, welche unter dem Vorwande, Arbeit zu suchen, unter Befähigung und zum Theil auch Gefährdung der Gesellschaft ein herumziehendes Leben führen.

Ebenso soll auf die Befähigung von Missethätigen hingearbeitet werden, welche in letzter Zeit auf dem Gebiete der Stellenvermittlung in einer für die Beteiligten oft sehr empfindlichen Weise sich fühlbar gemacht haben.

Dementsprechend wird es die Aufgabe der neuen Schöpfung sein, in stets regem Verkehr mit allen den Kreisen, in welchen das Bedürfnis nach fremden Arbeitskräften in größerem oder geringerem Maße fortgesetzt besteht, solche Einrichtungen zu treffen, welche es ihr ermöglichen, allen Nachfragen nach Arbeitern sowie allen Gesuchen um Arbeit möglichst rasch und in einer den Wünschen der Beteiligten vollkommen zusagenden Weise zu entsprechen.

Dabei macht es bezüglich der Arbeitssuchenden keinen Unterschied, ob sie als Gefellen oder Lehrlinge oder als Fabrikarbeiter Beschäftigung wünschen, oder ob sie für Dienstleistungen vorgezogen werden wollen, wie sie von weiblichen oder männlichen Diensthilfen oder von sogenannten Arbeitsgehilfen und Gehilfinnen oder von einfachen Tagelöhnern oder sonstigen vorübergehenden Lohnarbeitern verrichtet zu werden pflegen.

Das neue Unternehmen ist zwar zunächst nur für die Bedürfnisse der Stadt Karlsruhe bestimmt, immerhin sollen aber auch engere Verbindungen mit allen verkehrsreichen Städten in der weiteren Umgebung der letzteren und mit allen größeren Anwesen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, des gewerblichen Lebens und der Fabrikindustrie, sowie auch mit gleichartigen Anstalten angebahnt und unterhalten werden.

Das Bedürfnis nach der Errichtung einer solchen Anstalt wurde in den weitesten Kreisen anerkannt.

Für das Vorgehen der Verbandsvereine aber war deren Erfahrung maßgebend, daß auf dem so schwierigen und doch so beachtungswürdigen Gebiete der Arbeitsvermittlung vereinzelte Vereinsbestrebungen nie den erwünschten vollen Erfolg haben können, daß dieser vielmehr nur von ihrem gemeinschaftlichen, einheitlichen Zusammenarbeiten unter Vorsetzung ganz bestimmter Arbeitsziele und ausgiebiger Ausnützung aller ihnen inwohnenden Kräfte sich erwarten lasse.

In weitestgehender Weise daher die neue Anstalt Rechnung zu tragen, je raschere und sachgemäßere Verbindungen für die jeweils freierwerbenden Arbeitskräfte sie aufzufinden und je ausgleichender sie hierbei auch gegenüber von zu schroffen Schwankungen hinsichtlich des Angebots von Arbeit und der Nachfrage nach derselben einzuwirken im Stande sein wird, um so reichlicher werden sich die Hoffnungen erfüllen, welche die Verbandsvereine hieran für die ungeduldet und stetige Weiterentwicklung des gesamten Erwerbslebens und die günstige Gestaltung der Existenzbedingungen der Arbeiterwelt selbst knüpfen, ganz abgesehen davon, daß von dem Bestande der Anstalt auch diejenigen Verbandsvereine, welche nur humanitäre Ziele verfolgen, für ihre Thätigkeit viel ergiebendere und überzeugendere Ergebnisse als bisher sich verprechen dürfen.

Reigt nun schon in dem strengsten Festhalten an diesen aus dem Wesen der Anstalt für Arbeitsnachweis sich ergebenden Aufgaben eine sichere Gewähr für deren Gelingen, so bleibt letzteres doch auch davon abhängig, daß Arbeitgeber und Arbeitssuchende der Anstaltsleistung volles Vertrauen entgegenbringen und dies ebensowohl durch eine recht umfassende und regelmäßige Benützung der neuen Einrichtung als auch dadurch betätigen, daß sie auch sonst zur freiwilligen Mitarbeit an einem Werke sich bereit finden lassen, welches, wenn zur vollständigen Entwicklung gebracht, außer den mancherlei Vorarbeiten für die unmittelbar Beteiligten auch den im Gefolge haben kann, auf den Kampf der Interessen, wie er auf dem Gebiete der Arbeit zur bestmöglichen Entfaltung schon gelangt ist, versöhnend und ausgleichend einzuwirken.

An ermunternden Beweisen für das lebhafteste Interesse, welches in ausgedehnten Kreisen und namentlich auch bei den staatlichen und städtischen Behörden für die Arbeitsziele der neuen Schöpfung besteht, hat es bisher nicht gefehlt und ist solches in Zusagen von besonderer Rücksichtnahme und von einmaligen oder regelmäßig wiederkehrenden größeren Zuwendungen, wie dies seitens des Stadtraths, der Centralleitung des Landesverbandes der Schutzvereine für entlassene Gefangene und ebenso einzelner mit reicheren Mitteln ausgestatteter Verbandsvereine schon geschehen ist, zum Ausdruck gelangt.

Auch die Vertreter der hiesigen Presse unter Einschluß der Lokalblätter haben ein sehr freundliches Entgegenkommen gezeigt und dies durch große Zugewandtheit hinsichtlich der Behandlung der Inzerate zu erkennen gegeben.

Die Anstalt für Arbeitsnachweis ist im übrigen auf die ständigen Jahresbeiträge ihrer Mitglieder (20 Pf.) und auf die für ihre Geschäftsbeforgung zur Erhebung gelangenden Gebühren angewiesen. Letztere sind so nieder bemessen, als es die Beobachtung auf den Erfolg der Selbstkosten ermöglicht hat. Für die einzelne Arbeitsvermittlung werden von Fabrik- und gewerblichen Arbeitern, sowie von Tagelöhnern u. s. w. nur 20 Pf. erhoben, von Diensthilfen aber 50 Pf. Bei Gesuchen von Arbeitgebern und bei solchen, die von auswärts einlaufen, ist die Gebühr eine höhere. Die Einführung von Abonnementarten und von ganzen Jahresabonnements ist in Aussicht genommen. Eine unentgeltliche Benützung der Anstalt durch die Verbandsvereine ist grundsätzlich ausgeschlossen. Wollen dieselbe für Unbemittelte eintreten, was sich öfters als notwendig erweisen wird, so haben sie in jedem einzelnen Falle hierfür die geordnete Gebühr zu entrichten. Im übrigen wird auf den zur Veröffentlichung gelangenden Gebührentarif verwiesen.

Die Anstalt, deren Geschäftslokal in dem Hause Kreuzstraße Nr. 17 sich befindet, wird am 12. Februar d. J. in's Leben treten.

Mannheim, 10. Febr. (Eröffnung der Schifffahrt auf dem Neckar.) Die Verwaltung der Schifffahrt auf dem Neckar macht die Mitteilung, daß die Kettenschifffahrt noch nicht eröffnet werden kann, weil von Heilbronn aufwärts das Eis noch unverändert steht. So lange nicht das Eis des mittleren Neckars abgegangen ist, kann an eine Aufnahme des Betriebes, wenigstens auf der ganzen Strecke Mannheim-Heilbronn, nicht gedacht werden, da der zu erwartende Eisgang unterwegs befindliche Schlepplage in die größte Gefahr bringen könnte.

Theater und Kunst.

(Ankündigung.) Wie die „Nationalzeitung“ meldet, hat Seine Majestät der Kaiser dem Dichter Ernst v. Wilden-

bruch während der ersten Aufführung des neuen Wildenbruchschen Schauspiel: „Der neue Herr“ im Berliner Schauspielhause den Roten Adler-Orden vierter Klasse überreicht. Ueber das Stück Wildenbruchs äußert sich in demselben Blatte Eugen Jabel folgendermaßen: „Statt der üblichen fünf Akte erhalten wir diesmal sieben dramatisch bewegte Bilder, die der Dichter „Vorgänge“ genannt hat, statt des fünfjährigen Zambus hören wir einen freieren Rhythmus, den kurzen, in Endreimen ausklingenden Vers mit vier Betonungen. Wildenbruch zeigt den jungen Kurfürsten zuerst in den Niederlanden von zarten Banden umstrickt, aus denen er sich aufrafft, um, seines färslichen Berufs gedenkend, nach Berlin zu reisen. Die damalige trostlose Lage der Stadt wird im dritten Vorgang, der in einem Wirtschaftssaal spielt, in drastischer Weise, zuerst durch humoristisch ansehende Volksszenen, dann durch die Tödtung eines Soldaten durch einen empörrten Bürger anschaulich geschildert. Die Wirkung der sich kundthun steigenden Handlung war die kürzeste. In der zweiten Hälfte des Dramas hatte das Auftreten des Kurfürsten gegen den allmächtigen Minister Schwarzenberg stellenweise etwas Ermüdendes, doch fand der Schluß mit dem Tode des Obersten Rodow als prächtig durchgeführte dekorative Scene in der Furballe wieder die wärmste Aufnahme. Die Herren Matlowitz, Arndt und Grube haben als Rodow, Ruffert und Schwarzenberg drei packende lebensvolle Gestalten geschaffen. Ein im Lauf des Nachmittags erlassener Befehl des Kaisers verbot den Anfang der Vorstellung von sieben Uhr auf halb acht, so daß sie erst um halb zwölf ihr Ende erreichen konnte. Der Dichter wurde vom dritten „Vorgang“ an unzählige Male gerufen.“ Auch andere Berliner Blätter konstataren, daß das Schauspiel nach der dritten und fünften Abtheilung einen glänzenden äußeren Erfolg hatte, stimmen aber auch in dem Urtheile überein, das Stück sei kein geschlossenes aufgebaut Drama, sondern eine Folge von meist mit gutem theatralischem Geschick ausgeführten Zeitbildern. Die Gesamtwirkung des Schauspielers scheint doch eine größere gewesen zu sein, als die in der vorigen Nummer untl. Blatts, aus dem „Schwäbischen Merkur“ übernommene telegraphische Nachricht, das Stück habe keinen allgemeinen Erfolg erzielt, erkennen ließ.

Verstirbten.

W. Mainz, 10. Febr. (Domdekan Heinrich), der Verfasser hervorragender theologischer Werke, ist heute Nacht gestorben.

Paris, 10. Febr. (Eine Beileidsbezeugung des Deutschen Kaisers beim Tode Meissoniers.) Dem „Temps“ zufolge hat Kaiser Wilhelm dem französischen Botschafter in Berlin schriftlich sein Beileid an dem Tode des berühmten Malers Meissonier ausgesprochen lassen. Der französische Botschafter wird, wie der „Temps“ meldet, das kaiserliche Schreiben an den Minister des Auswärtigen übermitteln und dieser es an den Präsidenten der Akademie der schönen Künste weiter geben.

A.H. Paris, 10. Febr. (Der hiesige Banquier Mace) hat unter Hinterlassung von 21 Millionen Passiven die Flucht ergriffen. Man befürchtet, daß er zahlreiche Deposits veruntreute.

A.H. Marseille, 11. Febr. (Tel.) (Erforschung des Congogebietes.) Der forschungsreisende Kapitän Trivier trat von Libreville in Gabon eine neue Reise an, um seine Forschungen fortzusetzen, die afrikanischen Küsten bezüglich ihrer Naturprodukte zu studieren und neue Abgabegüter für die französische Industrie zu suchen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
Berlin, 11. Febr. Im Reichstag wurde heute der Etat der Zölle und Reichsstempelegaben ohne weitere Debatte genehmigt. Die Petitionen betreffend die Rechtsverhältnisse der Kaufmännischen Agenten wurden dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Eine Anzahl anderer Petitionen betreffend das Wahlgesetz und die Zölle wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Sodann wurde der gestern wegen Beschlußfähigkeit des Hauses unerledigt gebliebene Antrag des Abg. Menzer betreffend die Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen.
In Begründung seines Antrags betreffend das gleichzeitige Wirken von Missionaren verschiedener Konfessionen in denselben Bezirken der deutschen Schutzgebiete tadelte

Abg. Stöcker Aeußerungen des Majors v. Wischmann, welcher die katholischen Missionen weit über die evangelischen stelle, und sprach den Wunsch aus, die Regierung möge ein Eindringen der einen Kirche in das Missionsgebiet der anderen verhindern.

Geheimer Legationsrath Kayser erklärte, die katholische Kirche habe niemals eine Trennung der verschiedenen Missionsgebiete verlangt und stets die Unabhängigkeit ihrer Mission von staatlichem Einfluß angestrebt. In gleichem Sinne hätten sich die hervorragendsten protestantischen Gesellschaften ausgesprochen; er sei überzeugt, die kolonialen Unternehmungen würden durch die Mission wesentlich gefördert, und freue sich des guten Verhältnisses, worin die Kolonialabtheilung zu den verschiedenen Missionsgesellschaften sich zu stellen sucht. Windthorst äußerte die Meinung, eine Mission könne nur dann Erfolg haben, wenn sie unabhängig bleibe. Stöcker zog darauf seinen Antrag zurück.

Es folgte der Antrag Stöcker und Genossen betreffend den Handel mit Spirituosen in den deutschen Schutzgebieten. Nach der Begründung des Antrags erklärte Geheimerath Kayser, die Verwaltung sei bemüht, so weit als möglich der Branntweinausfuhr entgegenzuwirken. Windthorst schlug den Uebergang zur motivierten Tagesordnung vor. Das Haus beschloß demgemäß. Die nächste Sitzung findet morgen um 1 Uhr statt: Abänderung der Gewerbeordnung. Schluß der Sitzung 3¹/₂ Uhr.

Dublin, 11. Febr. Das Organ Farnells, „Freemans Journal“, meldet: Mac Carthy erhielt ein Schreiben Farnells, in welchem letzterer sagt, er habe gegenwärtig jede Hoffnung auf einen Ausgleich zwischen den beiden Gruppen der nationalistischen Partei aufgegeben. (Vergl. damit die Bemerkungen an der Spitze des nichtamtlichen Theils.)

Alexandrien, 11. Febr. Professor Dr. Koch ist heute hier eingetroffen und beabsichtigt, sich morgen nach Ober-egypten zu begeben.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 12. Febr. 22. Ab.-Vorh.: „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 7¹/₂ Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 5. Febr. Klara Luise, B.: Hermann Eble, Schreinermeister. 6. Febr. Sofie Hermine, B.: Franz Heil, Schlosser. — Josef, B.: Josef Weber, Schuhmacher. — 7. Febr. Karl August, B.: Karl Schwegler, Bierbrauer. — Irma Kubowka, B.: Wilhelm Kallmer, Tapezierer. — 8. Febr. Josef Karl Bernhard, B.: Bernhard Hill, Postkassener. — Hermann Josef, B.: Eduard Schottmüller, Geschäftsführer. — Anna Maria Theresia Franziska, B.: Jakob Schwindhammer, Diener. — 9. Febr. Albert Otto und Richard Ernst (Zwillinge), B.: Wilhelm Schneck, Schreiner. — Friedrich Rudolf, B.: Lorenz Engel, Handelsmann. — 11. Febr. Friedrich Wilhelm, B.: Friedrich Meier, Schreiner.
Eheaufgebote. 9. Febr. Friedrich Ziegler von Eichtersheim, Sattler hier, mit Sofie Delschläger von Arnbad. — 10. Febr. Julius Reßler von hier, Advokatenbesitzer in Dammersdorf, mit Antje Mater von St. Etienne.
Todesfälle. 8. Febr. Ferdinand Jidel, Chem., Glasermeister, 57 J. — Frieda, 7 J., B.: Wilh. Reßler, Bierbrauer. — 10. Febr. Wilhelmine, Wwe. v. Vätermeister Friedr. Reßler, 78 J.

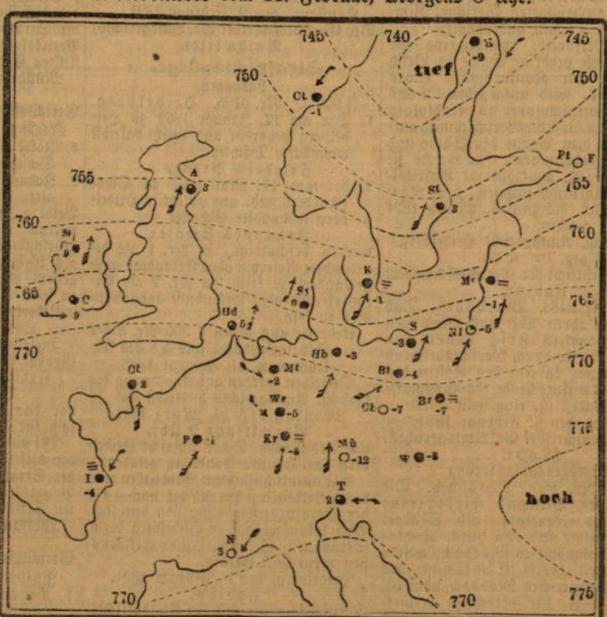
Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Abol.	Relative	Wind.	Himmel.
10. Monats 9 U.	760.9	-3.6	3.2	91	C	klar
11. Mrgs. 7 U. 1)	761.7	-6.2	2.7	95	SB	bedekt
11. Mrgs. 2 U.	761.1	-1.8	3.2	80	SB	„

Wasserstand des Rheins. Mainz, 10. Febr., Mrgs., 2.63 m, gefallen 5 cm. — 11. Febr., Mrgs., 2.62 m, gefallen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Varder in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 11. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Depression, welche gestern über Nordskandinavien lag, hat seitdem die ungewöhnliche Bahn nach Südosten eingeschlagen, so daß sie mit ihrem Minimum heute Morgen über dem nördlichen Schweden lag; unter ihrer Herrschaft ist auch im deutschen Küstengebiet Trübung eingetreten; auch hat dort der Frost etwas nachgelassen. Im Binnenlande dagegen, welches von hohem und gleichmäßig vertheiltem Druck bedeckt wird, dauert das kalte, sowie heitere, vielfach auch neblige Wetter fort.

Frankfurter telegraphische Kursberichte.

vom 11. Februar 1891.	
Staatspapiere.	Deutsche Bank 159.40
4% Deutsche Reichs-	Dresdener Bank 156.40
anleihe.	106.80
4% Preuss. Kons.	Schw. Nordst. 133.30
4% Baden in fl.	101.80
4% „ in W.	103.85
Defferr. Goldrente.	97.60
„ Silber.	82. —
4% Ungar. Goldr.	93.20
1880r. Russen.	98.90
11. Orientanleihe.	76.30
Italiener compt.	93.70
Egypter.	98.60
Spanier.	76.90
Holl.-Türken.	92.10
5% Serben.	89.90
Kreditaktien.	273. —
Disconto-Kommandit.	213.10
Basler Bankver.	163.80
Darmstädter Bank.	154.80
Handels-Gesellsch.	157.70
Tendenz: fest.	
Berlin.	
Deff. Kreditakt.	175.70
Staatsbahn.	108.80
Rombarden.	58.10
Dist.-Kommand.	216.60
Marienburg.	64.60
Dortmunder.	84.10
Karlsruhe.	136.80
Tendenz: —.	
Wien.	
Kreditaktien.	307.20
Martnoten.	56.15
Ungarn.	104.55
Tendenz: still.	
Paris.	
3% Renti.	95.60
Spanier.	76 ¹ / ₂
Türken.	19.42
Ottomane.	623. —
Tendenz: —.	

